

# Mit Regierung und Unternehmern französisch reden

## Den Demonstrationen am 21.10. müssen Proteststreiks folgen

Nach einer Massenstreikbewegung im Frühjahr musste die Regierung de Villepin in Frankreich ein bereits beschlossenes Gesetz zur Lockerung des Kündigungsschutzes zurückziehen. Das zeigt, wo das Machtpotenzial ist, um neoliberale Politik zu stoppen. In Deutschland ist die Zeit überreif Anschluss zu finden an die Massenbewegungen unserer europäischen Nachbarn. In keinem Land konnten die Herrschenden in den letzten Jahren vergleichbare Angriffe auf Sozialsysteme Bildung, Löhne und Arbeitsbedingungen durchziehen wie in Deutschland.

Zu lange haben die Gewerkschaften darauf verzichtet ihre Kampfkraft einzusetzen. Zu lange wurde die Basis der Gewerkschaften von den Vorständen ruhig gehalten.

Wenn Ackermann, Zetsche, Diekmann, Merkel und Müntefering Klassenkampf von oben führen, dann müssen die Gewerkschaften den Klassenkampf von unten organisieren.

Wenn die große Mehrheit der Bevölkerung kein Vertrauen mehr hat in diese Regierung und mehr als 70% die geplante Gesundheitsreform ab-

lehnen, dann müssen die Gewerkschaften diese Mehrheiten in effektiven Widerstand verwandeln. Wenn die Wähler kein Vertrauen mehr in die etablierten Parteien haben, dann ist es Aufgabe der Gewerkschaften zu erklären, dass diese Parteien – einschließlich der SPD – Interessenvertreter des Kapitals sind. Wenn immer mehr Kolleginnen und Kollegen erkennen, dass das kapitalistische System am Ende ist, dann sind die Gewerkschaften gefordert eine Alternative jenseits der Diktatur der Banken und Konzerne und der Profitproduktion zu diskutieren und zu entwickeln.

Die Vorbereitungen für den „Aktions-tag“ am 21.10. erwecken nicht den Eindruck, dass es der DGB ernst meint mit Widerstand. Mit dem Motto „Das geht besser. Aber nicht von allein“ wird so getan, als ob man nur ein bißchen Druck machen oder die SPD gegen die CDU unterstützen müsse. Nach dem 21.10. sind vom DGB keine weiteren Kampfmaßnahmen geplant, sondern „Überzeugungs- und Lobbyarbeit“ gegenüber den Bundestagsabgeordneten der Großen Koalition.

Wir meinen es geht jetzt um Fundamentalopposition gegen den sozialen

Kahlschlag. Wir gehen nicht für eine paar kosmetische Korrekturen an der Politik von Merkel und Müntefering auf die Straße.

### Es geht nur ganz anders.

Das ist unsere Botschaft am 21.10. Wir verlangen einen grundsätzlichen politischen Kurswechsel. Die geplante Gesundheitsreform, und alle anderen Gesetze gegen uns, einschließlich der Privatisierung der Bundesbahn, müssen gestoppt werden. Bereits beschlossene Gesetze (wie Rentenkürzungen, Hartz IV, usw.) müssen wieder zurückgenommen werden.

Mit Demonstrationen allein kann dies nicht erreicht werden. Nach dem 21. Oktober muss der Protest in die Betriebe getragen werden. Das beste wäre spätestens Anfang November bundesweit alle Belegschaften, Schüler, Studierende zu einem eintägigen Proteststreik aufzurufen und mit lokalen oder regionalen Großdemonstrationen zu verbinden. Wenn die Gewerkschaften solche Proteststreiks nicht organisieren, sollte in Betrieben und Orten die Initiative für lokale Streiks und eine Vernetzung dafür ergriffen werden.

## Alle gemeinsam auf die Straße - Kommt zu den Demos am 21. Oktober 2006

<u>Berlin</u>	<u>Dortmund</u>	<u>Frankfurt</u>	<u>München</u>	<u>Stuttgart</u>
11.00 Uhr	11.00 Uhr	11.30 Uhr	11.45 Uhr	11.00 Uhr
Brandenburger Tor	Ardeystr. und Grünstr.	Messegelände, Opernplatz und Südbahnhof	Gewerkschaftshaus Schwanthaler Str.	Marienplatz und Nordbahnhofstr.

### Wer wir sind und was wir wollen

Seit dem Sommer 1996 gibt es das Netzwerk von kritischen aktiven KollegInnen in der ötv, jetzt in ver.di. Viele Mitglieder sind aus Enttäuschung mit den Gewerkschaften in den letzten Jahren ausgetreten. Wir haben dafür Verständnis, halten es aber für den falschen Weg. Denn wir brauchen dringender denn je Gewerkschaften mit denen wir unsere Interessen gegen Unternehmer und Regierungen verteidigen können. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müssen Gewerkschaften zu dem werden, wofür sie gegründet wurden: zu Kampforganisationen der arbeitenden Klasse. Wir wollen Gegenwehr statt Co-Management. Wir wollen Kämpfe, mit denen wir auch gewinnen können. Wir müssen endlich dem Beispiel unserer französischen und italienischen KollegInnen folgen und uns mit Massenstreiks und Generalstreiks zur Wehr setzen. Wir müssen in der Tarifpolitik einen radikalen Kurswechsel durchsetzen. Die Politik der Gewerkschaften muss von der Basis bestimmt werden und nicht von abgehobenen Vorständen. Wir brauchen Funktionäre, die die Interessen der Basis vertreten und nicht mehr verdienen als einen Durchschnittslohn. Um das zu erreichen, müssen wir eine schlagkräftige innergewerkschaftliche Opposition aufbauen. Wir fordern alle kämpferischen Kolleginnen und Kollegen, ver.di-Mitglieder und auch Nichtmitglieder auf, mit uns dafür zu kämpfen. Nehmt Kontakt mit uns auf, lasst Euch in unseren Verteiler aufnehmen. Kommt zu unseren Treffen.

### TVöD und TV-L lehnen wir ab

Die Abschaffung des BAT und die kampflose Hinnahme der Arbeitszeitverlängerung und Kürzungen bei den Sonderzahlungen für Beamtinnen und Tarifbeschäftigte der Länder ist die größte Niederlage für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in der Nachkriegszeit. Wir haben diesen Ausverkauf von Anfang an bekämpft und die Lügen der ver.di-Führung widerlegt. Dazu haben wir Flugblätter, offene Briefe an die Bundestarifkommission und eine Broschüre mit Fakten und Berechnungen über den TVöD herausgebracht. Alle Materialien können bei uns angefordert oder von unserer Homepage heruntergeladen werden.

Infos, Kontakt und V.i.S.d.P.: Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di, c/o Stephan Kimmerle, Roseggerstr. 39, 12059 Berlin, 0178/7242442, [info@netzwerk-verdi.de](mailto:info@netzwerk-verdi.de)

[www.netzwerk-verdi.de](http://www.netzwerk-verdi.de)